

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IV 2B 693/65

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

des Landes N o r d r h e i n - W e s t f a l e n ,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf, Tannenstraße 26,

Beklagten und Beschwerdeführers,

gegen

Frau Josephine K [REDACTED] geb. J [REDACTED],
[REDACTED]/Holland, K [REDACTED] H [REDACTED]straat [REDACTED],

- Prozeßbevollmächtigte:

Klägerin und Beschwerdegegnerin,

Rechtsanwälte [REDACTED],

Dr. [REDACTED] und [REDACTED]
[REDACTED] -.

Der IV. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Ascher und der Bundesrichter Raske, Maaß, Dr. Graf und von der Mühlen

in der Sitzung vom 9. Februar 1966 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des beklagten Landes gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 11. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 30. Juli 1965 wird zurückgewiesen.

Gerichtliche Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben. Die außergerichtlichen Kosten der Beschwerde hat das beklagte Land zu tragen.

G r ü n d e

Die Entschädigungsbehörde hat der als Ehefrau eines Juden verfolgten Klägerin im Jahre 1961 Kapitalentschädigung und Rente sowie ein Heilverfahren wegen vegetativer Überregbarkeit im Sinne wesentlicher Mitverursachung zuerkannt. Infolge eines Schwindelanfalls stürzte die Klägerin und erlitt eine Gehirnerschütterung. Sie wurde deshalb von 23. Juni bis 6. August 1962 im St. V[]-Krankenhaus in K[] stationär behandelt. Dadurch sind Kosten in Höhe von 1.493,15 DM entstanden. Die Erstattung dieser Kosten hat das beklagte Land abgelehnt. Hiergegen hat die Klägerin Klage erhoben. Das Landgericht hat der Klage stattgegeben. Das Berufungsgericht hat die Berufung des beklagten Landes zurückgewiesen und die Revision nicht zugelassen.

Mit der nach § 220 Abs. 1 zulässigen sofortigen Beschwerde will das beklagte Land erreichen, daß die Revision vom Bundesgerichtshof zugelassen wird. Die Gründe, aus denen allein nach § 219 Abs. 2 BBG die Revision zugelassen werden kann, liegen jedoch nicht vor.

- 3 -

Das Berufungsgericht ist auf Grund des Gutachtens des Sachverständigen Prof. Dr. Uhlenbruck zu dem Ergebnis gekommen, daß der Schwindelanfall auf einer labilen Hypertonie beruhe, die zum Erscheinungsbild einer vegetativen Überregbarkeit gehöre. Die extremen Blutdruckschwankungen seien in das vegetative Geschehen mit einzubeziehen.

Ob dieses Gutachten zur Beurteilung des Entschädigungsanspruchs ausreichte, hatte der Berufungsrichter nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. Es ist eine Frage der dem Richter vorbehaltenen Beweiswürdigung, ob sich ein Gericht dem Gutachten eines Sachverständigen anschließt und diesem Gutachten den Vorzug vor anderen vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen gibt (BGH RsW 1961, 132, Nr. 29; 1964, 471 Nr. 39; 1965, 38 Nr. 32). Denn der Sachverständige hat die Aufgabe, das Wissen des Richters auf nicht allgemein zugänglichen Gebieten zu ergänzen. Hat der Richter die Überzeugung gewonnen, daß ein ihm vorliegendes Gutachten diesen Zweck erfüllt, so kann er dem Gutachten folgen und von der Anforderung weiterer Gutachten regelmäßig absehen.

Die Rüge, das Berufungsgericht habe rechtsirrtümlich entschieden, es bestehe ein Anspruch auf Ersatz von Heilbehandlungskosten auch dann, wenn in einem rechtskräftigen Heilverfahrensbescheid ein Leiden als verfolgungsbedingt anerkannt sei, das der Verfolgte im Zeitpunkt der Heilbehandlung aber gar nicht habe, geht fehl. Das Berufungsgericht ist ersichtlich dem von ihm als zwingend und überzeugend angesehenen Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Uhlenbruck gefolgt. Dieser hat bei der Klägerin eine labile Hypertonie festgestellt und dieses Leiden in das Erscheinungsbild des vegetativen Geschehens, das er als sehr labilen vegetativen Status bezeichnet, einbezogen. Er hat damit im Gegensatz zur Auffassung der Beschwerde das Vorhandensein einer vegetativen Überregbarkeit bejaht. Lediglich die Verfolgungsbedingtheit dieser vorliegenden vegetativen Störung hat er nicht mehr beurteilt. Dazu bestand wegen des rechtskräftigen Heilbehandlungsbescheids auch keine Veranlassung mehr.



Zwar hat das Berufungsgericht ausgesprochen, eine vegetative Dystonie sei, gleichgültig, ob sie tatsächlich vorliegen habe oder nicht, als Verfolgungsleiden anerkannt worden. Aus dem Zusammenhang der Gründe und insbesondere daraus, daß das Berufungsgericht das Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Uhlenbruck als zwingend und überzeugend bezeichnet, ergibt sich indessen, daß das Berufungsgericht durch diese mißverständliche Formulierung das Vorhandensein einer vegetativen Disregulation zur Zeit der Entstehung der Heilbehandlungskosten nicht verneinen wollte. Diese Formulierung wurde, wie die Gründe des angefochtenen Urteils ergeben, im Hinblick auf die weniger weitgehende Diagnose gewählt, zu der der Vertrauensarzt bei der Untersuchung der Klägerin gekommen war.

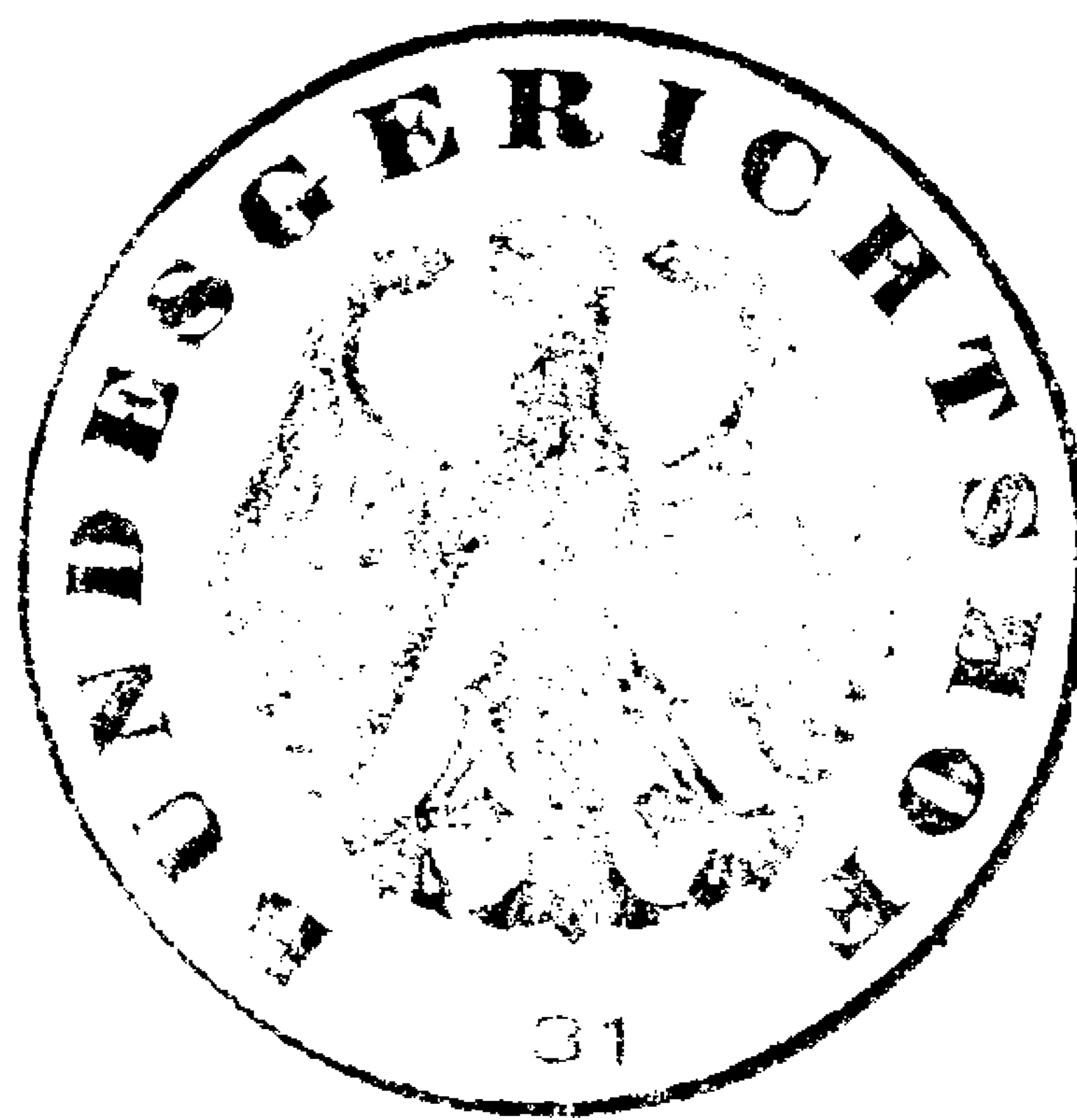
Auch die weitere Rüge, das Berufungsgericht habe dem Gutachten des Sachverständigen nicht folgen dürfen, rechtfertigt die Zulassung der Revision nicht. Entgegen der Auffassung der Beschwerde ist das Gutachten des Sachverständigen Prof. Dr. Uhlenbruck nicht mit einem schweren Mangel behaftet. Zwar hat der Gutachter nicht ausdrücklich ausgeschlossen, daß die Hypertonie nicht auf anderen als vegetativen Ursachen besteht. Dazu bestand jedoch kein Anlaß. Denn der Gutachter hat eine labile Hypertonie mit sehr wechselnden, nicht seitengleichen Blutdruckwerten und einem verschiedenen Tonus der Gefäßmuskulatur auf vegetativer Grundlage bejaht. Er hat damit Befunde festgestellt, die die Annahme, die Hypertonie gehöre zum Erscheinungsbild einer vegetativen Überregbarkeit, rechtfertigen und die das Berufungsgericht nicht zur Einholung weiterer gutachtlicher Äußerungen veranlassen mußten.

Die Rüge, der Sachverständige habe sein Gutachten ohne Untersuchung der Klägerin abgegeben, geht ebenfalls fehl. Der Sachverständige hat die Klägerin im Krankenhaus behandelt und untersucht.

Da auch sonst keine Zulassungsgründe im Sinne des § 219 Abs. 2 BEG vorliegen, muß die sofortige Beschwerde des beklagten Landes mit der Kostenfolge aus den §§ 225 Abs. 1 BEG, 97 Abs. 1 ZPO zurückgewiesen werden.

Ascher

Maß



Beglaubigt:

A handwritten signature in dark ink, consisting of stylized, flowing letters.

Justizhauptsekretär